

Der Volksgruppenstreit ist zu Ende

Unser Leitspruch zum 100-Jahr-Jubiläum: Gemeinsam in die Zukunft!

Von Obmann Josef Feldner



Ewig der Jammer
mit Sichel und Hammer



Vom Volksgruppenstreit zum gemeinsamen Opfergedenken

„Du Nazi – Du Tito“ Gegenseitige Beschuldigungen 1977
Gemeinsames österreichisch-slowenisches Opfergedenken 2017

Berechtigte Sorgen um die Erhaltung des Friedens in der Welt müssen uns noch weiter zusammenrücken lassen

Die weltpolitische Lage ist angespannt wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr. Ein längst überwunden geglaubter Kalter Krieg droht wieder auszubrechen. Schon viele Jahre andauernde kriegerische Auseinandersetzungen im Nahen Osten flammen immer wieder auf.

Diese, und Hungerkatastrophen in Afrika, begleitet von einer Bevölkerungsexplosion, drohen zu Migrationsbewegungen nach Europa anzuwachsen, die unsere Vorstellungskraft sprengen.

Wir können im Großen nichts bewegen. Wir können nur national und EU-weit zum Schutz unserer Grenzen und zu anderen präventiven Maßnahmen aufrufen, aber wir – die beiden Kärntner Bevölkerungsgruppen – haben es selbst in der Hand unser Zusammenleben friedlich zu gestalten.

Arbeiten wir daran! Setzen wir die seit schon mehr als einem Jahrzehnt erfolgreiche Verständigungs- und Versöhnungsarbeit fort.

Das bevorstehende 100-Jahr-Jubiläum der Kärntner Volks-

abstimmung bietet die große Chance, einen jahrzehntelangen Volksgruppenstreit vergessen zu lassen.

Kärnten braucht keine neue Minderheitenpolitik. Setzen wir fort, was wir schon vor einem Jahrzehnt begonnen haben

Noch offene Fragen sollten im schon sehr weit gediehenen Klima des gegenseitigen Vertrauens bereits im Vorfeld der Politik im zivilgesellschaftlichen Dialog zu lösen versucht werden.

Nutzen wir die geplanten Veranstaltungen im Rahmen der „Kärntner Landesausstellung 2020“ dazu, Kärnten auch einer internationalen Öffentlichkeit gegenüber als Land zu präsentieren, in dem Volksgruppenstreit begraben und friedliches Miteinander gelebt wird. Das zu zeigen, bietet sich der 10. Oktober 2020 als große Chance an.

Lassen wir unseren volkskulturellen Vereinen beider Bevölkerungsgruppen sprachenübergreifend die Vielfalt des kulturellen Lebens demonstrieren.

Feiern wir am Abstimmungstag in dankbarem Gedenken ein versöhnliches und fröhliches Fest der „Gemeinsamen Heimat Kärnten“.

Gedenken wir gemeinsam der Opfer auf beiden Seiten. Laden wir dazu unsere ehemaligen militärischen Gegner ein und zeigen wir damit im Kleinen, wie ein friedliches und partnerschaftliches Zusammenleben der Völker weltweit funktionieren könnte.

Wird Volksabstimmung 1920 zum Jubiläum nur Randthema sein? Heimatdienst ruft Parteien zur Klarstellung auf



Nach Bekanntwerden, dass zum 100-Jahr-Jubiläum das Gedenken an die Volksabstimmung 1920 als herausragendes Ereignis der jüngeren Kärntner Landesgeschichte nicht im Mittelpunkt der Landesausstellung 2020 stehen soll, kündigte der KHD am 1. Februar in einer Presseaussendung an, den Spitzenkandidaten zur Landtagswahl anlassbezogen einen Fragenkatalog vorzulegen. Bei jedem 10er-Jubiläum gab es bisher einen Festzug in Anwesenheit der höchsten Repräsentanten des Staates, wie 2010 (Bild links oben) mit Bundespräsident Heinz Fischer und Kanzler Werner Faymann, neben Landeshauptmann Gerhard Dörfler.

So soll es auch am 10. Oktober 2020 sein

Angesichts dessen, dass heute die Bedeutung der dank Abwehrkampf erzwungenen Volksabstimmung 1920 für die Erhaltung der Kärntner Landeseinheit weitestgehend unbestritten ist, wäre es absolut unverständlich, wenn der 10. Oktober 2020 ausgerechnet zum 100-Jahr-Jubiläum nicht wie in all den Jahrzehnen zuvor mit einer zentralen Großveranstaltung in der Landeshauptstadt gefeiert werden würde.

Dabei wäre nun nach Beendigung eines jahrzehntelangen Volksgruppenstreits mit weitgehend realisierter Schaffung eines Klimas des gegenseitigen Vertrauens zwischen den beiden Kärntner Bevölkerungsgruppen, die große Chance gegeben, das Jubiläumsgedenken für immer als „Tag der gemeinsamen Heimat Kärnten“ zu feiern mit gemeinsamem Gedenken an

die Opfer auf beiden Seiten. In diesem Sinne sprachübergreifend das 100-Jahr-Jubiläum zu würdigen, schließt die Einbeziehung von weiteren offiziellen Landesveranstaltungen und die Realisierung weiterer Projekte nicht aus.

Zu hinterfragen ist allerdings dabei, ob ein an sich erfreuliches Treffen verschiedener Volksgruppen in Kärnten im Rahmen der „Landesausstellung 2020“ nicht besser zur Präsentation der jeweiligen Kulturen genutzt werden sollte als mit einem zu jedem anderen Anlass passenden Amateurfußballturnier.

Das 100-Jahr-Jubiläum muss jedenfalls dazu genutzt werden, die seit Beginn dieses Jahrhunderts friedliche Entwicklung im Zusammenleben der beiden Bevölkerungsgruppen in Kärnten auch international stolz und selbstbewusst zu präsentieren. Dazu erwarten wir eine klare Positionierung der Landespolitik.

Statt zum Jubiläum um Gemeinsamkeit bemüht zu sein, übt der „Rat der Kärntner Slowenen“ Kritik an der Kärntner Minderheitenpolitik

Ein Amateurfußballturnier europäischer Volksgruppen in Kärnten wird unter der Bezeichnung „EUROPEADA 2020“ in engem Zusammenhang mit den Jubiläumsveranstaltungen „100-Jahre Kärntner Volksabstimmung 1920“ genannt. Mit deren Ausrichtung wurde der „Rat der Kärntner Slowenen“ und der „Slowenische Sportverband“ beauftragt.

Die Hoffnung, dass der „Rat“ diese sportliche Großveranstaltung nach dem Grundsatz „Sport überwindet ethnische Grenzen“ zur weiteren Festigung des friedlichen Miteinanders mit der Deutschkärntner Mehrheit nutzen wird, wurde schon im Bewerbungsschreiben des „Rat“ an die „Föderalistische Union europäischer Nationalitäten (FUEN)“ enttäuscht.

Die in diesem Schreiben angekündigte Absicht, im Rahmen

der EUROPEADA 2020 „auf immer noch offene Fragen der slowenischen Volksgruppe“ hinweisen und die Kärntner Bevölkerung dafür sensibilisieren zu wollen, wird vom Obmannstellvertreter des „Rat“, Nanti Olip, bei einem Kongress der FUEN noch



Im LOGO der „EUROPEADA 2020“ stellt der „Rat“ die slowenische Bezeichnung für Kärnten an die Spitze.

verschärft, indem er die Vergabe der „Europeada“ wörtlich als

„*Signal für die Kärntner Politik, ein neues Kapitel in der Minderheitenpolitik aufzuschlagen und die noch offenen Probleme im europäischen Geist zu lösen.*“ begrüßt.

- Kein Hinweis auf bereits mehr als 10 Jahre erfolgreiche national und international breit gewürdigte Kärntner Minderheitenpolitik,
- kein Hinweis gegenüber einer internationalen Öffentlichkeit auf die 2005 erfolgte Einigung des Heimatdienstes mit Slowenenorganisationen im Rahmen der Kärntner Konsensgruppe auf einen Kompromissvorschlag zur Lösung der Jahrzehnte strittig gewesenen Ortstafelfrage und auch
- kein Hinweis auf die 2011 von allen Parlamentsparteien

auf Basis des Kompromissvorschlags der Konsensgruppe einstimmig beschlossene, auch in der slowenischen Bevölkerung weitestgehend begrüßte gesetzliche Ortstafelregelung sowie

- kein Hinweis auf ein weitestgehend konfliktfreies Zusammenleben der Deutschkärntner Mehrheitsbevölkerung mit der slowenischen Volksgruppe, was mit vielen gemeinsamen Veranstaltungen eindrucksvoll dokumentiert wird. Es gibt somit nicht die geringste Veranlassung für die Kärntner Politik „ein neues Kapitel in der Minderheitenpolitik aufzuschlagen“.

Und noch etwas: Die auch europaweit geübte Kritik des slowenischen Rat an der Kärntner Minderheitenpolitik ist auch angesichts der vom Land Kärnten mit 300.000 Euro großzügig geförderten „Europeada 2020“ unverständlich und absurd.

Demgegenüber setzt die Kärntner Konsensgruppe mit gemeinsamem Opfergedenken in Kärnten und in Slowenien starke Akzente der Versöhnung



An dem alljährlich zum Tag der Kärntner Volksabstimmung am Friedhof in Völkermarkt (siehe Bild links) stattfindenden gemeinsamen Opfergedenken nehmen neben dem Zentralverband slowenischer Organisationen, der slowenischen Gemeinschaft, dem Kärntner Heimatdienst und Kärntner Spitzenpolitikern auch Repräsentanten aus Slowenien teil, wie jene des „Klub der Kärntner Slowenen“ aus Laibach und Marburg, des „Verbandes Rudolf Meister“, slowenische Jugendvertreter und Sloweniens Generalkonsul in Klagenfurt teil.

Als Akt der Versöhnung wird sowohl der gefallenen Abwehrkämpfer als auch der jugoslawischen „Kämpfer um die Nordgrenze“ gedacht

Neben dem Gemeinsamen Opfergedenken in Völkermarkt fand im Juni 2017 auch in Laibach ein gemeinsames österreichisch-slowenisches Opfergedenken mit Kranzniederlegungen am Mahnmahl (Bild rechts) für die von Faschisten und Nationalsozialisten erschossenen slowenischen Geiseln sowie an der Gedenkstätte für die österreichischen Toten beider Weltkriege statt.



„Wir wollen kein Zurück in die Geschichte, sondern ein Vorwärts in eine friedliche europäische Zukunft“ war die Kernaussage von Marjan Sturm und Josef Feldner namens der Kärntner Konsensgruppe.

Auch darüber sollte der slowenische „Rat“ seine Besucher aus Europa informieren.

Die Antworten sind eingelangt! Spitzenkandidaten zur Landtagswahl sind sich einig:

Die Volksabstimmung 1920 ist ein Meilenstein in der Geschichte Kärntens

Erfreuliches Ergebnis der Politikerbefragung des KHD

Knapp vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe haben die Spitzenkandidaten der SPÖ, FPÖ, ÖVP, der Grünen, des „Team Kärnten“ und des BZÖ zu den Sorgen des Heimatdienstes, die Kärntner Volksabstimmung 1920 könnte zum 100-Jahr-Jubiläum zu einem Randthema degradiert werden, klarstellend Stellung bezogen.

Die Antworten lassen berechtigterweise hoffen, dass der 10. Oktober 2020 als „Tag der gemeinsamen Heimat Kärnten“ würdig und auch auf traditionelle Weise gefeiert werden wird und dass darüber hinaus die Kärntner Volksabstimmung 1920 auch in Zukunft als herausragendes Ereignis der Kärntner Landesgeschichte im Bewusstsein der Menschen verankert bleibt. Der Kärntner Heimatdienst als die 1920 mit der pro-österreichischen Propaganda beauftragt gewesene Organisation, wird in den nächsten Monaten darauf achten, dass die Ankündigungen der Parteien auch umgesetzt werden und, dass vor allem auch die „Kärntner Landesausstellung 1920“ die historische Bedeutung der Volksabstimmung 1920 in den Mittelpunkt stellt.

Der KHD hat die gekürzten Antworten der Spitzenkandidaten zur Landtagswahl in einer Landesausgabe der KÄRNTNER KRONE am 21. Februar einer breiten Kärntner Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht (siehe Seite 4).

Die ungekürzten Antworten der Spitzenkandidaten können der Internetseite des Heimatdienstes www.khd.at entnommen werden.

Josef Feldner



KHD-Forderung zur Landesausstellung 2020

Die Kärntner Volksabstimmung 1920 muss zentraler Mittelpunkt sein

Dazu die Stellungnahmen der Parteien

Jüngst veröffentlichten Plänen zufolge soll das offizielle Gedenken an die Kärntner Volksabstimmung zum 100-Jahr-Jubiläum nur ein Randthema sein.

Der Heimatdienst spricht sich entschieden dagegen aus und ruft die Spitzenkandidaten der zum Landtag kandidierenden Parteien zur Klarstellung auf.

Die Forderungen des KHD

- Das offizielle Gedenken an die **Volksabstimmung 1920** muss am 10. Oktober 2020, dem „Tag der gemeinsamen Heimat Kärnten“, als herausragendes Ereignis der Kärntner Landesgeschichte mit traditionellen Großveranstaltungen beider Bevölkerungsgruppen, den zentralen **Höhepunkt der Landesausstellung 2020 bilden**.
- Das **Gedenken** an die Volksabstimmung 1920 und an den Abwehrkampf – ohne den es keine Volksabstimmung gegeben hätte – ist in **den Lehrplan aller Kärntner Schulen** nicht nur im Jubiläumsjahr, sondern auch in den Folgejahren, **einzubinden**.

Die Stellungnahmen der Spitzenkandidaten kurzgefasst



Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser

Der 10. Oktober 1920 ist ein Meilenstein in der Geschichte unseres Landes. Daher ist es mir ein wichtiges Anliegen, diesen Tag mit dem notwendigen Respekt und dem Bewusstsein der gemeinsamen Geschichte zu begehen.

Die Feierlichkeiten zum 100sten Jahrestag der Volksabstimmung sollen die Dankbarkeit gegenüber all jenen zum Ausdruck bringen, die für den ungeteilten Verbleib Kärntens bei Österreich alles bis hin zu ihrem Leben gegeben haben. Das soll natürlich auch durch die Vielfalt der Kärntner Brauchtums-, Gesangs-, Musik- und Kulturträger zum Ausdruck gebracht werden.



Landesrat Mag. Gernot Darmann

Zur 100-Jahr-Feier der Kärntner Volksabstimmung muss es eine würdevolle Landesfeier und einen Festzug geben, um die historisch einzigartigen Leistungen Kärntens für Freiheit und Selbstbestimmung entsprechend zu ehren. Die Jubiläumsfeiern sollen vom Land Kärnten unter Einbindung der Kärntner Traditions-, Heimat- und Brauchtumsvereine organisiert werden.

Wir treten auf jeden Fall für die Aufnahme des Gedenkens an die Volksabstimmung 1920 und an den Abwehrkampf in den Lehrplan aller Schulen ein. Wichtig ist, dass dieses Gedenken im historischen Bewusstsein unserer Menschen und Jugend verankert ist. Dementsprechend fordern wir eine Fixierung im Lehrplan und werden uns auch auf Bundesebene dafür einsetzen.



Landesrat Dipl.-Ing. Christian Bengler

Als Brauchtumslandesrat und Unterkärntner bin ich ein Garant dafür, dass wir mit der 100-Jahr-Feier die Geschichte ehren, die Volksabstimmung würdigen und die Menschen teilhaben lassen.

Der Höhepunkt wird selbstverständlich der 10. Oktober sein, der mit all den Ausprägungen zu begehen ist, die eine würdige Gedenkfeier notwendig und möglich machen. Einen 10. Oktober ohne Brauchtumsgruppen, Trachtengruppen und mehr, kann es nicht geben.

Der 10. Oktober, seine Geschichte und die Geschichte Kärntens sind ein fixer Bestandteil des Unterrichts in unseren Schulen und werden es auch bleiben.

Unsere Geschichte ist Identität. Im Rahmen der Kärntner Landesausstellung 2020 wird es auch einen Schwerpunkt für Schulen geben.



Landesrat Rolf Holub

Uns ist die Bedeutung des 10. Oktober 2020 (100-Jahr-Jubiläum) umfassend bewusst. Das mit Regierungsbeschluss initiierte Projekt Kärntner Landesausstellung 2020 ist einer der wesentlichen Parameter, dass auch die Kärntner Bevölkerung – so auch die Brauchtums-, Gesangs- und Musikvereine beider Bevölkerungsgruppen aus allen Tälern des Landes – entsprechend in Planung und Umsetzung eingebunden werden.

Im Rahmen der Gestaltung des Unterrichts (Sachunterricht, Geschichte, politische Bildung) ist es bereits gelebte Praxis an den Pflichtschulen und Höheren Schulen die historische Auseinandersetzung auch mit der Kärntner Volksabstimmung zu thematisieren



Landesrat Gerhard Köfer

Das 100-Jahr-Jubiläum der Kärntner Volksabstimmung ist ein bedeutendes Ereignis für die Geschichte Kärntens, das entsprechend zu feiern und zu würdigen ist.

Die jeweiligen 10-Jahres-Jubiläen haben eindrucksvoll gezeigt, dass ein Großteil der Kärntner Brauchtums- und Traditionsträger dieses Fest zu feiern weiß. Der „Tag der gemeinsamen Heimat Kärnten“ unter Einbindung „ganz Kärntens“ wird dies sicher beweisen.

Die gesamte Geschichte Kärntens soll im Schulunterricht, insbesondere auch der Volksschulen, ihren entsprechenden, besonderen Platz und Stellenwert haben. Das beinhaltet auch die Geschichte 1918–1920.



Helmut Nikel

Ohne einem Festzug durch die Klagenfurter Innenstadt bzw. Veranstaltungen auf zentralen Plätzen mit der Teilnahme beider Bevölkerungsgruppen würde dem historischen Hintergrund und dem Stellenwert der gemeinsamen Heimat Kärnten unzureichend gewürdigt werden.

Das Gedenken an die Volksabstimmung 1920 und an den Abwehrkampf soll ein tief verankerter Bestandteil im Lehrplan der Schulen sein. Der 10. Oktober soll zum Jubiläum österreichweit zum Feiertag erklärt werden.

Antisemitismus ist eine Gefahr für Europa

Von Obmann Josef Feldner



Islamisten in Deutschland verbrennen Israel-Fahne. Besonders widerlich ist die Schändung von jüdischen Grabstätten.

Ariel Muzicant, Vizepräsident des „Europäisch jüdischen Kongresses“ (EJC) warnte im November vergangenen Jahres vor einem lebensbedrohenden islamistisch motivierten Antisemitismus. Damit thematisiert der langjährige Präsident der österreichischen Israelitischen Kultusgemeinde eine Gefahr, die viel zu wenig ernst genommen wird. Hier muss dringend ein Umdenken erfolgen. Rigoroses Vorgehen im Rahmen unserer Rechtsordnung, gleichermaßen gegen Antisemitismus von islamischer wie nichtislamischer Seite, muss in unser aller Interesse liegen.

Es braucht globale Schritte, nicht Kosmetik

Am 27. November 2017 zitierte der KURIER den EJC-Vizepräsidenten Ariel Muzicant wörtlich:

„Rechtsextremer Antisemitismus ist ungustiös, nicht lebensbedrohend. Islamistisch motivierter Antisemitismus ist lebensbedrohend, eine Gefahr für Europa, nicht nur für Juden. Über kurz oder lang trifft es Frauen, unsere Demokratie und Freiheit. Wir Juden sind die ersten, die das spüren. Deswegen melden wir uns zu Wort, ich sage wacht auf und hört die Signale. Es braucht globale Schritte gegen die Fluchtbewegung aus Afrika und Asien, nicht Kosmetik.“

In einem am 18. Jänner in der Tageszeitung DIE PRESSE veröffentlichten Gastkommentar unter dem Titel „Feindschaft gegen Israel ist das Problem“ bezeichnet auch Fritz Rubin-Bitmann den explosiv anwachsenden Juden Hass unter Muslimen als Hauptgefahr für die Juden in ganz Europa.

Rubin-Bitmann überlebte mit seiner Familie, vom NS-Regime verfolgt, in Wien als „U-Boot“.

Der Autor verurteilt in seinem Beitrag zu Recht jegliche Form von Antisemitismus in Österreich als „erbärmlich und niederträchtig“ und fordert, dass solche Schandtaten strengstens geahndet werden.

Mit den wenigen Tage später österreichweit verbreiteten antisemitischen Texten aus einem Liederbuch der Burschenschaft Germania erlangte diese Forderung traurige Aktualität.

„Die Liedtexte sind absolut widerwärtig. Dafür darf es in unserem Land keinen Platz geben. Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.“

Dieser von Bundeskanzler Sebastian Kurz erhobenen Forderung ist ebenso wie ähnlich scharf verurteilenden Worten von FP-Seite voll und ganz beizupflichten.

Ebenso notwendig wie die rigorose Bekämpfung eines antisemitischen Randbereichs in Österreich, ist jedoch auch ein

endlich scharfes Vorgehen gegen den gefährlich anwachsenden islamistisch motivierten Juden Hass.

„Wehret den Anfängen! Es geht um die Sicherheit der Juden in Europa“

Fritz Rubin-Bitmann bringt in seinem Gastkommentar Beispiele für israelbezogene Judenfeindschaft: *„In Berlin wurde am Brandenburger Tor unter den Rufen „Tötet die Juden“ Fahnen des israelischen Staats mit dem Davidstern verbrannt. Jüdische Kinder in deutschen Schulen sind Mobbing und tätlichen Angriffen muslimischer Mitschüler ausgesetzt. „Du Jude“ ist wieder ein gängiges Schimpfwort geworden, und islamischer Juden Hass kann in Deutschland sein Unwesen treiben.“*

Auch in Österreich werden bei Demonstrationen und Fußballspielen Rufe muslimischer Jugendlicher laut: „Vernichtet Israel, schlachtet die Juden!“

Die künftigen Probleme für Juden kommen also aus der israelbezogenen Judenfeindschaft und den damit verbundenen Manifestationen des Antisemitismus. Es gilt daher auch heute, den Anfängen zu wehren und nicht die Augen vor der schleichenden Islamisierung Europas und den damit verbundenen Gefahren zu verschließen. Nur so kann Sicherheit für die Juden Europas geschaffen werden.

Ich glaube, dass die derzeitige österreichische Bundesregierung diese Gefahr erkannt hat, was vonseiten der österreichischen Juden voll und ganz respektiert werden sollte.“

Soweit der jüdische Gastkommentator Fritz Rubin-Bitmann in der Tageszeitung DIE PRESSE.

Erfreulich ist, dass sich die „Muslimische Jugend Österreich“ (MJÖ) unter dem Slogan „MuslimInnen gegen Antisemitismus“ mit breiter Aufklärungs- und Informationsarbeit dem Thema „islamistisch motivierter Juden Hass“ angenommen hat.

Für Antisemitismus darf es in Österreich keinen Platz geben und es ist jeder aufgerufen dagegen aufzutreten. Dabei muss jedoch jegliche Pauschalverurteilung und Sippenhaftung vermieden werden. Freiheitliche, Muslime, Burschenschafter pauschal zu verdächtigen, treibt einen Keil zwischen die Menschen in unsrem Land, führt zu Hass, Misstrauen und Aversionen.

Nicht mit Vorverurteilung und Generalverdacht kann dem Antisemitismus begegnet werden, sondern nur mit breiter Information und Aufklärung, und erst wenn das nichts nützt mit voller Härte des Gesetzes und strenger Verurteilung der Täter.

Josef Feldner beim „Tag der Begegnung“ der Islamischen Religionsgemeinde Kärnten

Ja zum interkulturellen Dialog

Auf Einladung der „Islamischen Religionsgemeinde Kärnten“ (IRG) sprach sich Obmann Josef Feldner – auch als Mitglied der Kärntner Konsensgruppe – in Anwesenheit höchster kirchlichen und politischen Repräsentanten Kärntens – in seinem Statement für einen Dialog mit den in Kärnten lebenden Muslimen und auch mit integrierten und integrationsbereiten Immigranten aus. Allerdings nicht ohne Bedingungen.



Feldner im Gespräch mit dem Vorsitzenden der Islamischen Religionsgemeinde Kärnten, Esad Memić. Aufmerksamem Beobachter des Gesprächs im Hintergrund der Obmann-Stellvertreter des slowenischen Zentralverbandes Manuel Jug.

Feldner führte aus:

Jahrzehnte hindurch standen sich Kärntner Heimatdienst und Slowenen-Organisationen ablehnend gegenüber. Diese Zeit der Konfrontation ist inzwischen Geschichte.

Mit gemeinsamen Informations- und Kulturveranstaltungen bis hin zu bereits auch schon grenzüberschreitendem gemeinsamen Opfertagen, konnte die Kärntner Konsensgruppe erfolgreich an einem Klima des gegenseitigen Vertrauens bauen.

Dazu war und ist Dialog ohne Vorbedingungen notwendig.

Nicht nur ein Dialog zwischen den beiden autochthonen Bevölkerungsgruppen in Kärnten, sondern auch der Dialog mit den zumeist schon seit vielen Jahren in unserem Land lebenden muslimischen Mitbürgern.

„Wir fühlen uns längst als Kärntner und haben traditionell gute Kontakte zu Katholiken wie auch zu Protestanten.“

Diese vor einigen Monaten bei einem Treffen mit muslimischen Gesprächspartnern getroffene Aussage unterstreicht das Ziel: Gemeinsam an einem Miteinander und Füreinander der Kulturen in Kärnten zu arbeiten.

In den Dialog müssen aber auch integrierte oder integrationsbereite Asylanten eingebunden werden. Daran führt kein Weg vorbei.

Der Kärntner Heimatdienst sagt JA zum interkulturellen und interreligiösen Dialog und ganz klar NEIN zu Fremdenfeindlichkeit, Pauschalverurteilung und Generalverdacht.

Für uns ist Asyl ein humanitäres Gebot. Jedoch nicht ohne Grenzen und Bedingungen.

Asylbereitschaft berechtigt dazu, die willkommen geheißenen Flüchtlinge eindringlich auf die Notwendigkeit zur Integration – nicht gleichzusetzen mit Assimilierung – hinzuweisen.

Insbesondere auf die Pflicht, unsere Gesetze zu akzeptieren, unsere Lebensweise und unsere religiösen Symbole zu respektieren.

Deutschlands Noch-Innenminister Thomas de Maiziere forderte schon vor zwei Jahren diese Pflicht als „Ankommenskultur“ ein.

Im Gegenzug hat aber auch die autochthone Bevölkerung, haben wir alle die Pflicht auf integrierte Asylanten offen zuzugehen und sie auf diese Weise willkommen zu heißen.

Gestatten Sie noch zwei Sätze zur Flüchtlingskatastrophe, die Europa auch noch in den nächsten Jahrzehnten beschäftigen wird und die mit einer weiteren unkontrollierbaren illegalen Massenzuwanderung keineswegs gestoppt werden kann:

Es ist in höchstem Maße inhuman, ein Heer von unter größten Strapazen illegal zugewanderten, großteils nicht integrierbaren Flüchtlingen in der nicht erfüllbaren Hoffnung auf ein Leben in Europa in relativem Wohlstand zu belassen.

Papst Franziskus warnte Ende 2016 die Regierungen Europas davor, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, als sie integrieren können.

Ein besseres Leben für die Hunderten Millionen Menschen, die weltweit in den Kriegs- und Hungergebieten vegetieren,



Spitzenvertreter aus Politik und Religion v. l.: Superintendent Manfred Sauer, Erster Imam IRG Kärnten Hasudin Atanovic, Vorsitzender IRG Kärnten Esad Memić, LH Peter Kaiser, Präsident IGGÖ Ibrahim Olgun, Diözesanbischof Alois Schwarz und LR Rolf Holub.

kann nur vor Ort geschaffen werden mit einem neuen Marshallplan einer Weltgemeinschaft in bisher noch nicht gekanntem Umfang.

Meine Damen und Herren! Wir alle können im Großen nichts bewegen, wohl jedoch zum Frieden in Kärnten beitragen.

In diesem Sinne danke ich auch als Mitglied der Kärntner Konsensgruppe der Islamischen Religionsgemeinde Kärnten mit Mag. Esad Memić für die Einladung zum „Tag der Begegnung 2018“.

Mit dem Eintreten der Islamischen Religionsgemeinde für einen Islam österreichischer Prägung, mit offensivem Auftreten gegen Radikalisierung, Islamisierung und Gewaltanwendung leisten deren Imame wertvolle Friedens- und Verständigungsarbeit.

Möge diese Arbeit und insbesondere auch die Einladung zu „Tage der offenen Moscheen“ noch immer weit verbreiteter Unwissenheit entgegenwirken, noch vorhandene Ressentiments und Aversionen abbauen und zur weiteren Festigung eines Klimas des gegenseitigen Vertrauens in Kärnten beitragen.

Verteidigung unserer Werte und interkultureller Dialog sind kein Widerspruch

Ein offenes Zugehen auf integrierte und integrationsbereite Immigranten erfordert keineswegs nationale oder religiöse Selbstaufgabe.

Mit Liebdienerei erzeugen wir nur Verachtung und arbeiten der Integration entgegen

Liebdienend unsere althergebrachte Lebensweise einzuschränken oder auf die öffentliche Darstellung unserer christlichen Symbole zu verzichten, ist falsch verstandene Rücksichtnahme auf Gefühle von Immigranten aus anderen Kulturkreisen.

Nicht wir müssen uns den Immigranten anpassen, sondern diese uns. Das werden Immigranten, die in unserem Land freundliche Aufnahme gefunden haben, auch verstehen. Sie werden auch als Muslime dafür Verständnis haben, wenn gleichaltrige christliche Schulkameraden ihrer Kinder nicht auf Schweinefleisch verzichten wollen und sie werden aus Respekt vor der autochthonen einheimischen Bevölkerung sich auch am Anblick von Kreuzen in Klassenzimmern oder Verhandlungssälen nicht stoßen.

Sollten Immigranten dazu nicht bereit sein, dann wird der Respekt vor unserer Lebensweise und unseren Symbolen ebenso wie die Akzeptanz unserer Rechtsordnung einzufordern sein, wollen wir nicht die Achtung uns gegenüber immer mehr verlieren.

Lehrer und Richter, die freiwillig Kreuze abhängen, Schuldirektoren, die Schweinefleisch aus den Schulkantinen verbannen und – noch schlimmer – Rot-Kreuz-Stellen im belgischen Lüttich, um nur noch ein Beispiel aus anderen EU-Ländern zu nennen, die alle Kreuze aus den Gebäuden entfernen, arbeiten einem friedlichen Miteinander entgegen.

Muslimische Journalistin prangert falsch gelebte Toleranz an: „Warum soll Österreich seine Werte aufgeben?“

Die kurdischstämmige St. Pöltener Journalistin, Yurdagil Sener, Preisträgerin des „Journalismus-Preises für Integration“, die als Zwölfjährige nach Österreich gekommen ist, prangert in einem Beitrag der „Bezirksblätter“



Gmünd Österreicher an, die mit völlig übertriebener Hilfsbereitschaft die Integration von Immigranten verhindern. Man solle diese Menschen bei gewissen Dingen alleine lassen, sich in unserer Kultur zu behaupten und alltägliche Dinge zu erlernen.

Nach Ansicht der Kurdin sollte das eigenständige Annähern an unsere Kultur auch zu der Erkenntnis führen, Österreich zu schätzen und zu respektieren.

Empört zeigt sich Yurdagil Sener als Muslima über die Abschaffung kultureller Bräuche. So meint sie etwa, dass es zwar durchaus höflich sein mag, Moslems kein Schweinefleisch oder Alkohol anzubieten, das Kreuz als religiöses Symbol allerdings in Schulen oder öffentlichen Gebäuden abzunehmen, ginge sichtlich zu weit.

Es könne nicht als Integration verstanden werden, dass sich Österreicher anpassen und ihre Werte aufgeben müssten, damit sich Einwanderer wohlfühlen, betont Yurdagil Sener.

Ausnahmen im Gesundheits- und Sozialbereich erachtet sie als unnötig. So sei es beispielsweise wesentlich effektiver, zusätzliche Förderkurse in Deutsch anzubieten, als mehrsprachige Unterstützung an Schulen. Vor allem bei Kindern sei dies besonders wichtig, da diese die ersten seien, die durch die Schule in Kontakt mit unserer Kultur treten würden. Durch die permanente Unterstützung in der Muttersprache werde die Integration erschwert und die Möglichkeit genommen, etwas zu lernen.

Bezeichnung „Ungläubige“ ist respektlos und ungebildet

Die beinahe schon inflationär gebrauchte Bezeichnung „Ungläubige“ für alle anderen als Moslems macht nach eigenen Angaben selbst die moslemische Journalistin wütend. Schon Vorschulkindern werde dieser Begriff beigebracht. „*Herr und Frau Moslem mögen in diesem Falle dann doch bitte in ein Land gehen, wo sie Ihresgleichen vorfinden*“, so Sener unverblümt.

Menschen mit dieser Einstellung würde es an Respekt und Bildung mangeln. Eine von Seiten Seners oft und gerne gestellte Frage ist etwa, ob nun „Ungläubige“ diejenigen seien, die Menschen in ihrem Land aufnehmen und unterstützen, oder Menschen in moslemischen Ländern, die gar keine Flüchtlinge aufzunehmen bereit seien. Dies beende oftmals jegliche Diskussionen sehr rasch, so Sener.

Zeitbombe Bevölkerungsexplosion in Afrika



Bis 2050 soll sich die Bevölkerung Afrikas auf 2,5 Milliarden Menschen verdoppeln! Hunderte Millionen junger Afrikaner werden Arbeit brauchen. Das alles angesichts einer drohenden Klimakatastrophe, die untrennbar auch mit einer sich weiter verstärkenden Hungerkatastrophe verbunden ist. Parallel dazu steigt die Geburtenrate unaufhörlich an.

Die Weltgemeinschaft steht dieser zu einem Supergau anwachsenden Entwicklung weitestgehend tatenlos gegenüber. Keine Maßnahmen zu einer afrikaweiten Geburtenkontrolle. Völlig unzureichende Ansätze zu einer unverzichtbaren Hilfe vor Ort.

Im Jahr 2100 wird fast die Hälfte der Weltbevölkerung in Afrika leben

Ohne massives Einwirken von außen wird Afrikas Bevölkerung bis zum Jahr 2100 auf 4,5 Milliarden angestiegen sein, das sind 40% aller Menschen weltweit.

Nur ein radikaler Wertewandel – Familienplanung, Geburtenkontrolle, mehr Rechte für Frauen – könnte diese Entwicklung einbremsen.

Aber das verhindern die Männer, bestärkt von einem konservativen Islam, wie das deutsche Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL am Beispiel Senegal zu erklären versucht. Viele Kinder seien ein Segen Gottes, hört man dort, aber auch in vielen anderen afrikanischen Staaten.

Das Ergebnis dieses rückschrittlichen Denkens zeigt sich u. a. an der Sahel-Zone (Südsahara) mit den Staaten Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Sudan und Tschad. Dort gibt es mit 5,72 Kinder je Frau die weltweit höchste Geburtenrate. Trauriger Rekordhalter in dieser Region, in der sich die Bevölkerung bis 2050 mit 350 Millionen fast verdreifachen wird, ist Niger mit 7,5 Kinder.

Und das alles trotz galoppierender Arbeitslosigkeit und damit einhergehender Hungerkatastrophe.

Europa reagiert darauf nur mit untauglichen Mitteln

Afrika hat keine Perspektiven, es kann sich allein nicht mehr helfen.

Dramatische Verknappung der Lebensgrundlagen, „dank“ Dürrekatastrophen, Bevölkerungsexplosion und religiösem Ex-



Hungernde Menschen stellen sich in Afrika zur Essensausgabe an.

tremismus lassen für Hunderte Millionen keinen anderen Ausweg mehr als die Flucht nahezu ausschließlich nach Europa.

Obwohl das den Machthabern in Europa längst bekannt ist, beschränkt man sich auf Einzelaktivitäten. So wichtig, ja unverzichtbar ein endlich wirkungsvoller Schutz der EU-Außengrenze ist, mit Zugangsbeschränkungen, verstärkter Kooperation mit den Herkunftsländern, mehr Rückführungen oder auch mehr Personal für die EU-Grenzschutzorganisation Frontex, die immer gefährlicher anwachsende Völkerwanderung nach Europa wird man damit nicht verhindern.

Nur mit umfassender Hilfe vor Ort, kann die Millionenflut nach Europa eingebremst werden. Aber wie?

Wenn Deutschlands Staatspräsident Frank-Walter Steinmeier bei einer viertägigen Afrika-Reise die Menschen vor einer illegalen Migration nach Europa warnt, dann kann das an der Perspektivenlosigkeit der hungernden Menschen in Afrika nichts ändern.

Europa muss endlich neue Strategien anwenden um die massenhafte Migration zu drosseln. Ein sudanesischer Bürger bringt das mit einfachen Worten gegenüber dem SPIEGEL auf den Punkt:

„Frau Merkel soll Maschinen schicken, Mähdrescher, moderne Pflüge, damit wir mehr Nahrungsmittel produzieren können.“

Das wäre Hilfe vor Ort. Nur haben auch solche Hilfsprogramme bisher wenig bewirkt. Zumeist kommen die Gelder, aber auch Sachleistungen nicht bei den Bedürftigen an, weil korrupte Regime einen Großteil einstreichen. Zugleich wird



Das reiche Saudi-Arabien nimmt auch keine muslimischen Flüchtlinge auf.

die Unterstützung durch Freihandelsabkommen mit der EU torpediert.

Die Europäer überfluten Afrika mit überschüssigen und hochsubventionierten Agrarprodukten wie Milchpulver und Gemüsekonserven und zerstören so die Marktchancen der einheimischen Kleinbauern, beklagt ein Entwicklungshilfeexperte im Nachrichtenblatt DER SPIEGEL. All das sei seit vielen Jahren bekannt, gelernt habe man nichts daraus.

Das Grundproblem, die Bevölkerungsexplosion, kann nur durch rigorose Geburtenkontrolle und einem besseren Bildungssystem bekämpft werden

Hilfe vor Ort, sei es finanzielle oder materielle, wird Afrikas fortschreitenden Weg in die Armut nicht stoppen, solange sich die Bevölkerung in wenigen Jahrzehnten verdoppelt.

Galoppierende Arbeitslosigkeit und damit verbundene Massenverarmung kann nur mit radikaler Geburtenkontrolle und damit verbundener Familienplanung bekämpft werden. Appelle von außen werden jedoch insbesondere in Staaten, die von einem konservativen Islam beherrscht werden, wenig fruchten, sofern diese nicht mit massiver finanzieller Unterstützung begleitet werden.

Hier muss schleunigst ein Anfang gemacht werden mit einem EU-weit koordinierten Plan, der sodann den afrikanischen Staaten vorgelegt werden müsste.

Parallel zur Geburtenkontrolle muss das Bildungssystem verbessert werden

Und da geht es vor allem um eine bessere und längere Fortbildung für Mädchen. Je länger Mädchen zur Schule gehen, desto weniger Kinder bekommen sie, wie der UN-Bvölkerungsfonds (UNFPA) erklärt.

Wenn alle Mädchen in Afrika eine weiterführende Schule besuchen könnten würde die Zahl der Geburten vor dem 18. Geburtstag um rund 60 Prozent fallen, womit die Geburtenrate auf 3,9 Kinder gesenkt werden könnte.

Die Notwendigkeit neben Geburtenkontrolle und besserem Bildungssystem auch einen neuen Marshallplan in bisher noch nicht gekannter Milliardenhöhe zu realisieren, wird zwar erkannt, über Ansätze hinaus ist jedoch noch nichts geschehen.

Bleibt Europa hier weiter säumig, dann sind Migrationsströme zu erwarten, die alle Befürchtungen übertreffen werden, dann werden sich alle Staaten der EU Herausforderungen gegenübersehen mit einer Destabilisierung bisher ungekanntes Ausmaßes.

Illegale Zuwanderung ungestoppt über neue Routen

Die Hoffnung auf ein Ende der illegalen Massenzuwanderung hat sich trotz Zerschlagung des IS-Terrorregimes, trotz Ende der Kampfhandlungen im Irak und weitestgehend auch in Syrien, nicht erfüllt. Die Kriegsflüchtlinge werden nun von Armutsmigranten aus Afrika, wo die Katastrophensituation nach wie vor besteht, abgelöst.



Verhaltenskodex für NGOs und Kooperation mit Libyen haben Flüchtlingsstrom verringert

Das reicht jedoch noch keineswegs. Die EU-Außengrenze muss noch stärker geschützt werden und die Mittelmeerroute ist noch nicht geschlossen, warnt Bundeskanzler Sebastian Kurz.

Auf rund 1450 Schiffen sind im Vorjahr 120.000 Asylwerber allein in Italien gelandet, berichtete kürzlich KRONE BUNT:

Es waren praktisch keine Kriegsvertriebene aus Syrien und Afghanistan darunter, sondern in der überwiegenden Mehrheit Immigranten aus Subsahara-Afrika, die aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimatländer verlassen haben.

Dazu betonte Ex-Verteidigungsminister Hans-Peter Doskozil: „Die Annahme, dass der Flüchtlingsstrom Richtung Europa nun verebbt ist, ist trügerisch. Denn der Migrationsdruck aus Afrika ist nach wie vor groß.“

Die Schlepper-Mafia ist nun gezwungen neue Fluchtrouten zu suchen

Tatsächlich legen seit dem Sommer vergangenen Jahres von der libyschen Küste weit weniger Flüchtlingsboote ab, seit die EU mit der nordafrikanischen Küstenwache zusammenarbeitet.

Die Schlepper-Banden sind nun auf Marokko rund um die spanischen Enklaven Melilla und Ceuta sowie nahe Gibraltar ausgewichen. 22.000 illegale Grenzübertritte erreichten 2017 die iberische Halbinsel.

Im Osten schleusen Schlepperbanden Immigranten verstärkt nach Zypern.

Dazu Kanzler Sebastian Kurz:

„Wir müssen selbst entscheiden, wer nach Europa kommt und nicht die Schlepper! Illegale Migranten müssen bereits an der EU-außengrenze nach der Rettung gestoppt und versorgt, statt weiter transportiert zu werden.“

In weiterer Folge ist die Rückführung in die Herkunftsländer oder, falls dies nicht möglich sein sollte, in Zentren in sicheren Drittstaaten zu organisieren, denn damit entziehen wir den Schleppern die Geschäftsgrundlage und beenden das Sterben im Mittelmeer.“

Das Ziel muss der Totalstopp von illegaler Zuwanderung über das Mittelmeer und auf dem Landweg nach Europa sein.

Das erfordert jedoch eine lückenlose Schließung der EU-Außengrenze und auch die Einstellung der Tätigkeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im Mittelmeer, die damit zumindest indirekt den Schlepperbanden in die Hände arbeiten.

Flüchtlingskatastrophe im aktuellen Überblick

Zitate, Kommentare, Fakten



Die Flüchtlingskatastrophe und die damit verbundenen Ängste der EU-Bürger sind nach wie vor das Spitzenthema in Europa. Aus der täglichen Flut von Berichten in der Presse, im Fernsehen, im Radio und über die sozialen Netze, aus Kommentaren von Journalisten, von Experten und Politikern, haben wir nachfolgend nur einen Bruchteil zur Veröffentlichung ausgewählt, ohne damit eine Reihung nach Wichtigkeit oder Dringlichkeit vorzunehmen.

Rückführung von Migranten: Fast 40.000 Afrikaner sollen Israel verlassen



Demonstration von Flüchtlingen aus Eritrea, die aus Israel ausgewiesen werden sollen.

Während es in Deutschland und Österreich große Problem mit der Abschiebung von abgewiesenen Asylanten gibt, geht Israel diesbezüglich rigoros vor.

Einem Bericht der Frankfurter *Allgemeinen Zeitung* (FAZ) vom 4. Februar zufolge, verteilt Jerusalem Zehntausende Ausweisungsbescheide an afrikanische Flüchtlinge. Sie sollen so schnell wie möglich das Land verlassen. Andernfalls droht ihnen Gefängnis.

Die Ausweisungsbescheide sollen an unverheiratete, kinderlose Männer übergeben werden, die ihre Aufenthaltsgenehmigung verlängern wollen. In dem Brief werden sie den Angaben zufolge aufgefordert, Israel binnen zwei Monaten zu verlassen, anderenfalls drohe ihnen Gefängnis. Wer bis Ende März freiwillig geht, soll umgerechnet 2.800 Euro und ein Flugticket bekommen.

Die Zeitung „Times of Israel“ berichtete unter Berufung auf ranghohe Mitarbeiter der Gefängnisbehörde, es gebe nicht genug Zellen für Tausende von Flüchtlingen, die sich der Ausweisung widersetzen könnten.

Israel betrachtet die vor allem aus Eritrea und dem Sudan stammenden Flüchtlinge als illegale Einwanderer.

Asylanträgen wird nur in extrem seltenen Fällen stattgegeben. Nach Medienberichten hat Israel eine Vereinbarung mit Ruanda und Uganda getroffen.

Kein Ende der Christenverfolgung. Christen im syrischen Kurdengebiet Afrin senden Hilferuf

Seit Jahren berichten wir in unseren Mitteilungsblättern DER KÄRNTNER und KHD INTERN über weltweite Christenverfolgung und rufen die christlichen Kirchen zum massiven Protest auf, wie im August 2017:

„Obwohl heute die Verfolgung der Christen nicht im Geheimen, sondern ‚im Scheinwerferlicht der Medien‘ stattfindet, obwohl in Ägypten Kirchen gesprengt, im Irak und in Pakistan

Schergen der IS Jagd auf Christen machen, Muslime in Nigeria der christlichen Volksgruppe der Igbo mit Krieg drohen und obwohl im größten muslimischen Land der Erde, in Indonesien, die Christen mehr und mehr massiv unter Druck geraten, verhalten verzweifelte Hilferufe zumeist ungehört und auch in Rom läuten nicht die Alarmglocken.“

Das war auch am 36. Evangelischen Kirchentag im Vorjahr in Deutschland nicht der Fall. Im Gegenteil. Just in den Tagen, als in Ägypten 26 christliche Kopten ermordet wurden, betonte Markus Dröge, Landesbischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg in Anwesenheit von deutschen Spitzenpolitikern wortwörtlich, man dürfe die Christenverfolgung in manchen Ländern „nicht dramatisieren“!

Währenddessen geht das Leiden der Christen im Nahen Osten, ohne dass es einen Aufschrei in der christlichen Welt gibt, ungehindert weiter.

Am 25. Jänner berichtete die KÄRNTNER KRONE über einen Hilferuf eines christlichen Pastors aus dem syrischen Kurdengebiet über das Netzwerk der Organisation Christian Solidarity International (CSI).

Der türkischen Invasion seien im Kurdengebiet Afrin bereits Hunderte Menschen, vor allem Christen zum Opfer gefallen. Tausende wurden von auf Seite der Türkei kämpfenden Islamisten vertrieben.

„Unsere Stadt war bis vor wenigen Tagen voller Leben. Heute ist sie das nicht, wegen des brutalen Angriffs der türkischen Armee gemeinsam mit extremistischen islamistischen Gruppen“ schreibt der verzweifelte christliche Geistliche.

„Die Krankenhäuser sind jetzt voll mit Verletzten und verwundeten Kindern. Im Dorf Jalbil ist eine ganze Familie mit elf Personen in einem Schutzraum getötet worden.“ Auch ein Flüchtlingslager sei bombardiert worden.

Papst Franziskus in seiner Botschaft für großzügige Zuwanderung, ohne die Gefahr eines politischen Islamismus zu thematisieren

„Europeinfos“, das Magazin der Kommission der Bischofskonferenzen der EU, berichtete im Jänner über die Botschaft von Papst Franziskus zum „Welttag des Migranten und Flüchtlings“ unter dem Motto „Die Migranten und Flüchtlinge aufnehmen, beschützen, fördern und integrieren“.



Im Beitrag „Migranten und Flüchtlinge: Vorschläge von Papst Franziskus“ befragt das Magazin dazu den Untersekretär der Abteilung Migranten und Flüchtlinge, P. Fabio Baggio C.S. Ein Auszug aus dieser Analyse:

Der Papst tritt für die Schaffung legaler, sicherer Einreisemöglichkeiten für alle Migranten durch die Ausstellung humanitärer Visa sowie Förderprogramme für junge Flüchtlinge, die

in Flüchtlingscamps leben ein. Einen besonderen Stellenwert misst der Papst der Flüchtlingszusammenführung bei und der Entscheidungsfreiheit hinsichtlich Zielland.

„Sobald Migranten ihr Zielland erreicht haben“, so der Untersekretär, „sollte ihnen Zugang zu Grundrechten, wie Bildung und Gesundheit sowie zu Informationen, die ihnen helfen rechtmäßig im Land zu bleiben, gegeben werden.“

Die beruflichen Qualitäten des Migranten müssten anerkannt werden, damit sie einen Beitrag zur Entwicklung des Gastlandes leisten können, betont der kirchliche Untersekretär, der auch ausdrücklich auf „ernsthafte Verpflichtungen“ seinem Gastland gegenüber hinweist.

Soweit der Bericht des christlichen Magazins „europeinfos“ über die Botschaft des Papstes, die nicht kritiklos zur Kenntnis genommen werden kann:

Auch wenn Papst Franziskus vor zwei Jahren die Regierungen Europas davor gewarnt hatte, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, als sie integrieren können, ergibt sich aus dessen Grundeinstellung, „keinem Flüchtling das Herz verschließen zu können“ ein Bekenntnis zu einer besonders großzügigen Zuwanderungspolitik.

Die Gleichstellung von Kriegsflüchtlings mit Wirtschaftsflüchtlings, das Eintreten des Papstes für eine freie Wahl des Gastlandes ohne Zugangsbeschränkungen sowie für großzügige Zugeständnisse an die Immigranten und schließlich sein besonderes Engagement für eine Ausweitung der Familienzusammenführung auf Großeltern, Geschwister und Enkel, erhöht den Anreiz zur Immigration und führt zu Massenzuwanderung.

Angesichts der Probleme mit einem fortschreitenden politischen Islamismus in Europa, der Christen als „Ungläubige“ mit Hass verfolgt, ist es völlig unverständlich, dass Papst Franziskus in seiner Botschaft diese gefährliche Thematik ebenso wie die weltweite Christenverfolgung nicht einmal ansatzweise thematisiert.

Tausende erwachsene Aylsuchende tarnen sich als Minderjährige.

FRANKFURTER ALLGEMEINE thematisiert empörende Missstände

Seit Jahren machen Zehntausende Flüchtlinge in Deutschland und Österreich falsche Angaben zum Alter, um sich die Bonitäten, die Minderjährige genießen, zu erschwindeln. Das ist bereits seit langem bekannt. Wirksam entgegengearbeitet wird bis heute nicht.

Wie die KLEINE ZEITUNG schon im April des Vorjahres berichtete, wurden in den Jahren 2014 bis 2016 bei mehr als 10.000 jungen Migranten Röntgenaufnahmen der linken Hand ausgewertet, um Aussagen in Hinblick auf ihre Voll- oder Minderjährigkeit zu bekommen. In 4.704 Fällen mussten weiterführende medizinische Gutachten erstellt werden, um diese Frage zu klären. In 2.165 Fällen, somit bei rund einem Viertel der Überprüften wurde festgestellt, dass sich die jungen Menschen noch jünger machten. Die Gründe der Betrügereien:

Für Eltern von minderjährigen Asylberechtigten gibt es die

Möglichkeit der Familienzusammenführung und neben einer Reihe weiterer Privilegien vor allem auch eine deutlich höhere finanzielle Unterstützung.

Die renommierte FRANKFURTER ALLGEMEINE (FAZ) zeigte am 7. Jänner an einem besonders empörenden Fall von vielen auf, wie in der Asylpolitik in Deutschland geltendes Recht außer Kraft gesetzt wird.

Unter dem Titel „Kinder mit Bärten“ wird von einem 19-jährigen berichtet, dessen Familie im Asylverfahren 2016 sein Geburtsdatum mit 1. 12. 2004 angegeben hat. Das wurde von der Polizei ohne einen Nachweis zu verlangen(!) akzeptierte, obwohl der somit angeblich 12-jährige bereits einen Bartwuchs hatte und als erwachsener Mann erkennbar sein musste.

Er ging zur Schule, wechselte diese häufig und blieb dennoch, obwohl allen klar war, dass er nicht 12 Jahre alt ist. Nicht genug damit:

Er war sehr aggressiv, bedrohte und verprügelte seine Mitschüler, dealte mit Drogen, war oft zugekokst, hatte drei(!) Rechtsanwälte, brachte Messer, Schlagring, Elektroschockgerät und Pfefferspray mit in die Klasse. Er war polizeibekannt, hatte 100 Einträge(!) in Polizeiakte. Drunter gewerblichen Drogenhandel und Körperverletzung. Das ging bis Mai 2017.

Erst als er gemeinsam mit seinem Vater festgenommen wurde, wurde erstmals sein wahres Alter ermittelt. Er war großjährig.

Soweit der empörende Bericht aus der FRANKFURTER ALLGEMEINEN. Ein Fall von vielen, von Tausenden, auch in Österreich.

Flüchtlinge kosten uns 8 bis 12 Milliarden Euro

Auch wenn nur eine ganz kleine Minderheit der Immigranten als „multiple“ Straftäter wie der in der FAZ geschilderte Fall einzustufen sind, so ist jeder, der ein jüngeres Lebensalter erschwelnden Asylwerber ein Betrüger, weil er sich Privilegien und vor allem erhöhte Geldleistungen aus dem Steuertopf ergaunert.

Und dieser Steuertopf muss zur Bewältigung der Flüchtlingskosten laut INTEGRATIONSBERICHT 2017 allein bis 2019 mit bis zu 12.000 Millionen nachgefüllt werden. Besonders hohe Kosten unter den Flüchtlingen verursachen die Tausenden unbegleiteten Minderjährigen.

Und noch etwas:

Diese Betrüger sind es, die es bewirken, dass jene wirklich Schutzbedürftigen, die vor Gewalt und Verfolgung flüchten mussten und Schreckliches erlebt haben, von der Masse der Menschen in einen Topf geworfen und misstrauisch bäugt werden. Mit Pauschalverurteilung und Generalverdacht ist man in unserer Gesellschaft nur allzu schnell zur Hand.

Daher ist es wichtig, schwarzen Schafen unter den Flüchtlingen das Handwerk zu lernen, auch um künftighin Asylsuchende von betrügerischen Angaben abzuhalten.



Kärntner Konsensgruppe

Vorweihnachtliches gemeinsames Gedenken an NS-Opfer und an Nachkriegsopfer des Tito-Regimes



Andreas Mölzer, Heinz Stritzl, Manuel Jug, Gert Seeber, Franz Jordan, Josef Feldner, Raimund Freithofnig, Marjan Sturm und Arno Manner an der Gedenkstätte am Friedhof Klagenfurt-Annabichl.

Wie schon in den vergangenen Jahren fand auch im Vorjahr wieder wenige Tage vor Weihnachten ein gemeinsames Opfergedenken in Klagenfurt-Annabichl und in Leše/Liescha (Slowenien) statt.

In den Gedenkansprachen wurde übereinstimmend die große Bedeutung von gemeinsamen Opfergedenken für eine nachhaltige Versöhnung betont.

Heimatdienst und slowenischer Zentralverband haben Misstrauen und alte Ressentiments überwunden.

„Die deutsch-slowenische Kärntner Konsensgruppe hat in ihrer nun bereits mehr als 10-jährigen Versöhnungsarbeit alten Hass überwunden, dem Streit entsagt und Gemeinsamkeit gepflegt.“

Das betonte das Mitglied der Kärntner Konsensgruppe, KHD-Obmann Josef Feldner bei einem gemeinsamen Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus an der Gedenkstätte am Friedhof Klagenfurt-Annabichl sowie im Anschluss daran für die Kärntner und auch die slowenischen Nachkriegsopfer des Tito-Regimes in Leše/Liescha (Slowenien).

An dem gemeinsamen Opfergedenken im kleinen Rahmen nahmen auch die beiden weiteren Mitglieder der Konsensgruppe Marjan Sturm, Obmann des Zentralverbandes slowenischer Organisationen (ZSO) sowie Chefredakteur i. R. Heinz Stritzl teil. Vom Vorstand des KHD haben sich bei den Opfergedenkstätten in Klagenfurt und Liescha neben Feldner seine drei Obmann-Stellvertreter Gert Seeber, Andreas Mölzer und Franz Jordan sowie Arno Manner eingefunden.

Von der jungen Generation gedachten der ZSO-Jugend-sprecher Manuel Jug sowie der KHD-Jugendvertreter Raimund Freithofnig der Opfer auf beiden Seiten.

KHD-Obmann Josef Feldner erinnerte an der NS-Opfer-Gedächtnisstätte an die Millionen Menschen, die aus rassistischen, religiösen oder ideologischen Gründen von einem barbarischen Verbrecherregime ermordet wurden.

„Die Welt hat nichts gelernt und es ist erschreckend, dass nach der Vernichtung des mörderischen IS-Staates nun wieder ein längst überwunden geglaubter Kalter Krieg droht.“

Aber, so Feldner weiter, „wir dürfen den Glauben an die Kraft des Lichtes und der Liebe nicht verlieren.“

Beim anschließenden Opfergedenken in Liescha wies Feldner auf die Notwendigkeit des Gedenkens an die nach Kriegsende von Tito-Partisanen aus Kärnten verschleppten Zivilpersonen hin, die Opfer eines blinden Hasses und eines archaischen Rachedenkens geworden seien.

ZSO-Obmann Marjan Sturm betonte:

„Die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus soll uns mahnen, dass Gewalt, Krieg und Vernichtung zuerst mit verbaler Entgleisung, rassistischer Hetze und Intoleranz beginnen, um dann in einer Katastrophe zu enden.“

Die Erinnerung an diese schreckliche Zeit soll uns, nach dem Zweiten Weltkrieg Geborenen aber auch daran mahnen, dass auch nach dem Krieg im Sinne von »Aug um Aug und Zahn um Zahn« Verbrechen begangen worden sind.

Nur wenn wir diese komplexe Erinnerungskultur entwickeln, werden wir der historischen Verantwortung gerecht werden und für die Zukunft dafür gewappnet sein die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen.“

Othmar Mory zum Gedenken

Altbürgermeister Othmar Mory ist im Alter von 90 Jahren am 28. Dezember 2017 gestorben.

Vom Krieg zurückgekehrt, musste er das Trauma der Verschleppung seiner Eltern durch Titopartisanen überwinden. Dennoch hat er nie zu Hass und Vergeltung aufgerufen. 2009 sprach sich Othmar Mory an der von ihm initiierten Gedenkstätte für die im Mai 1945 verschleppten und ermordeten Kärntner Zivilpersonen in Liescha für Versöhnung aus:

„Nach langen von Leid und Verzagen geprägten Jahrzehnten bekenne ich mich zum Weg des einander Näherkommens.“

Für den KHD und die Kärntner Konsensgruppe ist und bleibt Othmar Mory ein Vorbild und Wegbegleiter für die Versöhnung der beiden Bevölkerungsgruppen.



Josef Feldner